



Newsletter

Nr. 36/2026



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

die internationale Lage bleibt angespannt. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten dauern an und prägen die weltpolitische Realität. Auch wenn Deutschland nicht unmittelbar beteiligt ist, spüren wir die Folgen deutlich – vor allem an den Zapfsäulen und in den Geldbeuteln vieler Bürgerinnen und Bürger. Die Rekordpreise für Kraftstoffe und die steigenden Lebenshaltungskosten belasten Haushalte und Unternehmen gleichermaßen.

Um hier gezielt gegenzusteuern, haben wir in der vergangenen Woche das Kraftstoffmaßnahmenpaket verabschiedet. Es soll dazu beitragen, die Preisdynamik an den Tankstellen zu dämpfen und Verbraucherinnen und Verbraucher spürbar zu entlasten. Gleichzeitig hat die Bundesregierung entschieden, einen Teil der nationalen Ölreserven freizugeben – ein international abgestimmter Schritt, der den Markt beruhigen und Preisspitzen abfedern soll.

Parallel dazu tagt erneut die Taskforce „Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Krieges“, die die aktuelle Lage analysieren. Die Sorge wächst, dass der Konflikt im Nahen Osten die Energiemärkte längerfristig beeinträchtigen könnte: Die Straße von Hormus ist faktisch blockiert, und in Katar ruht die LNG-Produktion angesichts der Sicherheitslage und voller Lager. Eine Wiederaufnahme wird Zeit benötigen.

Neben diesen akuten Herausforderungen stehen im Deutschen Bundestag weitere wichtige Entscheidungen an – unter anderem zur privaten Altersvorsorge, zur Organspende sowie zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen. All diese Themen betreffen unser tägliches Leben und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir behalten die Entwicklungen aufmerksam im Blick und handeln entschlossen, um Deutschland gut durch diese herausfordernde Zeit zu führen.

Ihre Nina Waschen



FROHE

OSTERN

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien
ein frohes und gesegnetes Osterfest!

Wir ergreifen Maßnahmen gegen hohe Spritpreise

Nach nur einer Woche haben wir die Einführung eines Gesetzes zur Anpassung von Kraftstoffpreisen und die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beschlossen. Damit reagieren wir sehr zügig auf die stark gestiegenen Spritpreise. Kern des sogenannten „Kraftstoffmaßnahmenpakets“ ist das österreichische Modell: Tankstellen dürfen ihre Preise künftig nur noch einmal täglich um 12 Uhr erhöhen, während Preissenkungen jederzeit möglich bleiben. Zudem wird die Missbrauchsaufsicht im Kraftstoffgroßhandel verschärft, indem die Darlegungs- und Beweislast zugunsten der Kartellbehörden umgekehrt und Sektoruntersuchungen gestärkt werden. Damit wollen wir den Wettbewerb auf dem Kraftstoffgroßhandelsmarkt stärken. Parallel dazu gibt die Bundesregierung als Reaktion auf die hohen Ölpreise infolge des Iran-Krieges strategische Ölreserven frei. Die Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten, mehr Preistransparenz zu schaffen und überhöhte Gewinnmitnahmen zu verhindern.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir stärken die private Altersvorsorge

Die Regierung reformiert die Riester-Rente grundlegend, um die private Altersvorsorge zu stärken. Im Mittelpunkt steht eine stärkere Ausrichtung auf den Kapitalmarkt, damit insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen langfristig von höheren Renditechancen profitieren können. Dazu wird erstmals ein Riester-Depot ohne Beitragsgarantien ermöglicht. Die Pflicht zur Verrentung entfällt und Kosten werden gesenkt. Auch die staatliche Förderung wird attraktiver gestaltet.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Um Einsteigern den Zugang zum Kapitalmarkt zu erleichtern, soll ein staatlich organisiertes Standarddepot angeboten werden, das zudem mit der geplanten Frühstart-Rente verknüpft wird. Erstmals werden auch Selbständige in die Riester-Rente einbezogen, um ihren Beitrag zur Wirtschaft und Gesellschaft anzuerkennen. Insgesamt soll die Reform nicht nur den Einzelnen unterstützen, sondern auch zusätzliches Kapital für Innovation und wirtschaftliches Wachstum mobilisieren.

Wissenschaft stärken, Innovationen ermöglichen



Bildquelle: BMG

Mit der ersten Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes setzen wir ein klares Standortsignal. Wir vertrauen unserer Wissenschaft und geben ihr die Instrumente an die Hand, die sie im internationalen Vergleich braucht. Um im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen und mit ihrer Forschung einen Beitrag zum Gemeinwohl erbringen zu können, sollen projektgeförderte gemeinnützige Forschungseinrichtungen künftig ihre Beschäftigten durch die Zahlung von Gehältern oder Gehaltsbestandteilen besserstellen dürfen als vergleichbare Bundesbeschäftigte, soweit sie dafür keine öffentlichen Mittel einsetzen. Wir stärken damit die Freiheit der Forschung und schaffen gleichzeitig klare Regeln für Verantwortung

18. März – Tag der Demokratiegeschichte



Bildquelle: Tobias Koch

Der 18. März erinnert wie kaum ein anderer Tag an die wechselvolle Demokratiegeschichte Deutschlands.

18.03.1793: Der rheinisch-deutsche Nationalkonvent erklärt die Volkssouveränität und gründet somit die Mainzer Republik.

18.03.1848: Die Märzrevolution fordert Freiheit, Bürgerrechte und politische Teilhabe.

18.03.1920: Nach einem reichsweiten Generalstreik scheitert der Kapp-Putsch gegen die junge Weimarer Republik endgültig.

18.03.1990: Im Zuge der Friedlichen Revolution findet die erste und einzige freie Wahl zur Volkskammer der DDR statt.

Dieses Jahr wird der 18. März zum ersten Mal mit dem „Tag der Demokratiegeschichte 2026“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten als ein bundesweiter Aktionstag zur Würdigung unserer Demokratiegeschichte begangen. Demokratie fällt nicht vom Himmel. Sie ist ein Prozess – voller Konflikte, Rückschläge und mutiger Schritte nach vorn. Immer wieder haben couragierte Menschen in Deutschland für mehr politische Teilhabe gekämpft. Aus diesen Auseinandersetzungen sind Rechte entstanden, die heute als Grundrechte fest in unserer Verfassung verankert sind. Auch heute lebt Demokratie davon, dass wir uns einmischen, widersprechen, zuhören, wählen gehen und Haltung zeigen.

Einblicke ins Abgeordnetenbüro



Bildquelle: Büro Warken

Im Zuge eines vierwöchigen Praktikums erhielt Emma Zimmermann aus Limbach im Neckar-Odenwald-Kreis wertvolle Einblicke in die Arbeit in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin. Die Einundzwanzigjährige studiert, wie auch ich einmal, Jura in Heidelberg. Während ihrer Zeit im politischen Herzen der Bundesrepublik konnte sie den Gesetzgebungsprozess hautnah miterleben.

Ein Großteil der wöchentlichen Arbeit bestand aus dem Besuch von Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den darauffolgenden fraktionsübergreifenden Ausschusssitzungen sowie den abschließenden Beratungen im Plenum des Bundestages. Neben bundespolitischen Fragen waren auch die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis sowie Einblicke in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit feste Bestandteile des Praktikums. Am Ende dieses ereignisreichen Monats zog die Studentin ein sehr positives Resümee. Auch ich spreche Frau Zimmermann meinen herzlichen Dank für Ihr Engagement aus und hoffe, dass sie viele prägende Erfahrungen sammeln konnte.

Bundesstützpunkt Fechten in Tauberbischofsheim erhält Förderung



Bildquelle: Büro Warken

Der Bund unterstützt den Bundesstützpunkt Fechten in Tauberbischofsheim mit Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Die Gelder sind für die umfassende Brandschutzsanierung des Sporthallenkomplexes vorgesehen und markieren einen wichtigen Schritt zur Modernisierung der traditionsreichen Einrichtung. Für unsere Spitzensportathletinnen und -athleten braucht es eine Spitzensportinfrastruktur, die optimale Trainingsbedingungen bietet. Ich freue mich daher sehr über die Förderzusage für den Bundesstützpunkt in Tauberbischofsheim.

Ab 2026 stehen zusätzlich 150 Millionen Euro aus dem Sondervermögen für Baumaßnahmen im Spitzensport bereit. Damit können Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Ersatz- und Neubauten an Bundesstützpunkten gefördert werden. Diese Mittel ergänzen die bereits laufende Förderung des Bundes für Sportstätten des Spitzensports aus dem Haushalt Sport und Ehrenamt.

Vom Klassenzimmer in den Bundestag: Girls' Day 2026



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Auch in diesem Jahr lädt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wieder gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Girls' Day nach Berlin ein. Unter dem spannenden Motto „Frauen im Handwerk – Deine Zukunft im Macherinnen-Beruf“ bekommen die Teilnehmerinnen die besondere Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages zu werfen und sich mit Politikerinnen und Frauen aus der Handwerksbranche auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.

Ich kann alle jungen Frauen nur dazu motivieren, diese Chance zu nutzen. Das Handwerk bietet vielfältige und zukunftsorientierte Perspektiven – und Frauen leisten mit Ihren Fähigkeiten und Ideen einen unverzichtbaren Beitrag. Die Einladung richtet sich an junge Frauen im Alter von 14 – 21 Jahren aus allen Schultypen sowie der Übergangsphase zwischen Schule und Beruf. Anmeldeschluss ist der 10. April 2026.

Weiterführende Informationen für Interessierte gibt es unter dem nachfolgenden Link: <https://www.kas.de/de/web/berlin/veranstaltungen/detail/-/content/frauen-im-handwerk-zukunft-gestalten-im-macherinnen-beruf>.

Bund fördert die Sanierung von Schwimmbädern



Bildquelle: Büro Warken

Erstmals stellt der Bund 250 Millionen Euro ausschließlich für die Sanierung von kommunalen Schwimmbädern zur Verfügung. Schwimmbäder sind für Jung und Alt wichtige Orte der Begegnung, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Integration. Sie stehen für Freizeitspaß und Erholung, aber auch für Gesundheitsprävention, Fitness und sportliche Betätigung.

Allerdings sind viele Einrichtungen in die Jahre gekommen und es hat sich ein erheblicher Sanierungsbedarf aufgebaut. Häufig entsprechen sie nicht mehr den aktuellen Anforderungen an Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit. Deshalb unterstützt der Bund mit der neuen Förderrunde des Bundesprogramms Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS) die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Schwimmbäder. Bis zum 19. Juni 2026 haben Städte und Gemeinden sowie Landkreise, wenn sie Eigentümer der Einrichtung sind, die Möglichkeit Projektskizzen für geeignete Sportstätten digital beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung einzureichen.

Unter folgendem Link finden Sie alle Einzelheiten zum Bundesprogramm, sowie weiterführende Informationen: <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMWSB/bundesprogramm-sanierung-kommunaler-sportstaetten.html>

Auch im Büro Warken fing jeder einmal klein an...



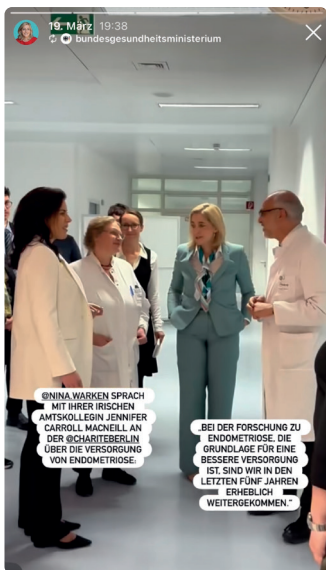
#Zahl der Woche

2.430



Quadratkilometer ist mein Wahlkreis Odenwald-Tauber groß und damit der flächenmäßig größte Bundestagswahlkreis in Baden-Württemberg. Insgesamt umfasst er 45 Gemeinden, die Fahrtwege sind dementsprechend lang; von Obrigheim nach Creglingen braucht man mit dem Auto gute 1,5h.

#SocialMedia



Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
 Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
 Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
 Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)